

## Abfall: Einweg-KunststoffRL fertig

Zuletzt aktualisiert am: 24. Juni 2019

Kurztitel	Kunststoffstrategie - Einwegplastik
COM-Dok.	28.5.2018: Einweg-KunststoffRL-Vorschlag als Folge-Vorschlag Kunststoffstrategie & Kreislaufwirtschaftspaket - neuer Vorschlag: COM(2018) 340
Status	EK-Vorschlag, RAGs laufen, Thema der AT-Ratspräsidentschaft, EP-ENVI Frist für Änderungsanträge 04.09.2018, <i>EP-ENVI-Abstimmung 10.10.2018, Plenum 24.10.2018, Trilogie 6.11. und 28.11.2018, Trilog am 18.12.2018 bringt Einigung, Dossier damit inhaltlich abgeschlossen, ENVI-OK 21.1.2019, EP-OK 27.3.2019, Rats-OK 21.5.2019, Unterzeichnung 5.6.2019, ABl L 155/1 RL (EU) 2019/904 v. 5.6.2019 Umsetzung ab 3.7.2021</i>
Bereich	Umwelt / Ressourceneffizienz / Abfall / -vermeidung und -recycling
Inhalt	Reduktion der Umwelteinwirkungen von Kunststoffprodukten - Verbote, Verbrauchsminderung, Herstellervorschriften, Sammelquoten, Kennzeichnungsvorschriften und Sensibilisierungsmaßnahmen

### WKÖ: Maßnahmen verfehlen Ziel und sind oft unklar

- **Problem der Meeresverschmutzung an der Wurzel packen:** Initiative der EK diese Herausforderung anzugehen wird begrüßt; Umsetzung nur durch funktionierende Abfallwirtschaft und sensibilisierte Konsumenten möglich.
- **Kunststoffstrategie als Chance für Forschung & Entwicklung:** Markt für nachhaltige Produkte und Sekundärrohstoffe schaffen. Beginnende Verbote und unklare Definitionen wirken dagegen innovationshemmend.
- **Schaffung von Bewusstsein für schonenden Umgang mit Ressourcen als Ziel:** Verbote verlagern lediglich das Problem auf andere Materialien.
- **Hygienevorschriften im Lebensmittelbereich nicht bedacht:** Umfassende Maßnahmen für Verpackungen im Convenience-Food-Bereich vorgesehen. Alternative Produkte sind, wenn vorhanden, produkt- und kostentechnisch nicht auf dem Stand der Kunststoffprodukte.
- **Ungenauere Definitionen werden zum Problem bei Anwendung:** Allein die Frage, was konkret unter einem „Einwegkunststoffartikel“ zu verstehen ist lässt sehr viel Interpretationsraum zu. Dadurch ergeben sich auch Probleme beim Einsatz von Alternativen, die zukünftig verbotene Produkte ersetzen sollen.
- **Pauschale Verbote wenig verhältnismäßig:** Insbesondere Mitgliedstaaten wie AT, die über ein etabliertes, fortschrittliches und gut funktionierendes Abfallwirtschaftssystem, hohe Erfassungs- und Recyclingquoten und effiziente getrennte Sammlungen verfügen, sollten Ziele alternativ erreichen können.
- **Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung nicht abgestimmt:** Österreichs Hersteller kommen ihrer Verantwortung bereits heute freiwillig und im Rahmen gesetzlicher Regelungen nach. Es ist abzulehnen, dass Hersteller für einen Bereich wie „Littering“, auf den sie keinen Einfluss nehmen können verantwortlich gemacht werden. Die Verantwortlichen, die ihre Abfälle achtlos zurücklassen sind stattdessen direkt zu adressieren. Zudem ist das Zusammenspiel mit dem kürzlich adaptierten Abfallpaket, das bereits EPR-Systeme für Verpackungen vorschreibt, unklar.
- **Flächendeckende Einführung von Pfandsystemen wenig sinnvoll:** Einrichtung und Betrieb von Pfandsystemen verursachen erhebliche Mehrkosten ohne die erhoffte Erhöhung des Mehrweganteils zu garantieren. Außerdem ist die Erfassungsquote von Kunststoffgetränkeflaschen in Österreich bereits jetzt sehr hoch.

### Ansprechpartner

WKÖ:	Up (Schwarzer) Dr. Thomas Fischer
Regierung:	BMNT Mag. Evelyn Wolfslehner
EP:	Berichterstatteerin im EP-ENVI: RIES Frédérique (ALDE); Schattenberichterstatte: FLORENZ Karl Heinz (EPP), PAOLUCCI Massimo (S&D), DEMESMAEKER Mark (ECR), BOYLAN Lynn (GUE), AUKEN Margarete (Greens), PEDICINI Piemicola (EFDD), GODDYN Sylvie (ENF); Berichterstatteerin Stellungnahme IT-RE/ECON: KAPPEL Barbara (ENF)
EK	GD Umwelt, Dir B Kreislaufwirtschaft und Grünes Wachstum, Unit 1, Hugo-Maria Schally



Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik (Up)  
 EU-Koordination: [Axel.Steinsberg@wko.at](mailto:Axel.Steinsberg@wko.at)  
 Wiedner Hauptstraße 63, Postfach 189, A-1045 Wien  
 Telefon 05 90 900-4750, Telefax 05 90 900-269

